



30. JUNI 2011

PROK BUHA
SEK FIBU

Hartmut Koschyk
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Kampagne Steuer gegen Armut
z. H. Pater Dr. Jörg Alt
Königstraße 64
90402 Nürnberg

TEL +49 (0) 30 18 682-4245
FAX +49 (0) 30 18 682-4404
E-MAIL Hartmut.Koschyk@bmf.bund.de
DATUM 28. Juni 2011

BETREFF **Finanztransaktionsteuer - FTT;
Deutsch-Französische Zusammenarbeit**

BEZUG Ihr Schreiben vom 26. Mai 2011

GZ **IV D 4 - S 1900/10/10011 :020**

DOK **2011/0477050**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Pater Dr. Alt,

vielen Dank für Ihr Schreiben an den Bundesminister der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble zum weiteren Vorgehen bei der Einführung einer Finanztransaktionsteuer und der Erarbeitung einer deutsch-französischen Position. Der Bundesfinanzminister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Bundesregierung hat ihr Ziel, einer möglichst weltweiten, aber zumindest auf europäischer Ebene oder wenigstens in der Euro-Zone abgestimmten Einführung einer FTT, nicht aufgegeben. Wie aus der Debatte im Deutschen Bundestag am 9. Juni 2011 zum Antrag der SPD „Finanztransaktionsteuer in Europa einführen - Gesetzesinitiative jetzt vorlegen“ (BT-Drucksache 17/6086) zu entnehmen war, wird dieses Bestreben der Bundesregierung auch von den Oppositionsparteien grundsätzlich unterstützt.

Wie Sie wissen, hat die Council High Level Working Party am 28. April 2011 einen Zwischenbericht zur Besteuerung des Finanzsektors diskutiert. Der Bericht ist von der ungarischen Ratspräsidentschaft dem ECOFIN-Rat am 17. Mai 2011 vorgelegt worden. Der ECOFIN-Rat hat den Bericht zur Kenntnis genommen, die Kommission um Vorlage der Folgenabschätzung vor Sommer 2011 ersucht und die Council High Level Working Party mit der Fortsetzung ihrer Arbeit und des Berichtes beauftragt. Damit wird auf europäischer Ebene das Thema weiter erörtert.

Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten steht derzeit auf dem Standpunkt, die Folgenabschätzung der Europäischen Kommission abzuwarten. Wir erwarten von der seitens der Kommission angekündigten Folgenabschätzung für die FTT und die Finanzaktivitätsteuer (FAT) eine für beide Instrumente gleichwertig intensive Untersuchung der Ausweichreaktionen sowie eine überzeugende Darstellung, warum eventuell die FTT der von der Kommission bisher favorisierten FAT unterlegen sein soll. Daher begrüßen wir die Äußerung des Kommissars Semeta vom 8. Juni 2011 im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, wonach die Kommission eine unvoreingenommene Folgenabschätzung zur FTT und zur FAT vorlegen werde. Diese soll Grundlage der weiteren Erörterung auf europäischer Ebene sein. Nach der Bekanntgabe der Folgenabschätzung durch die Kommission ist diese auszuwerten, die Diskussion fortzusetzen und voranzutreiben.

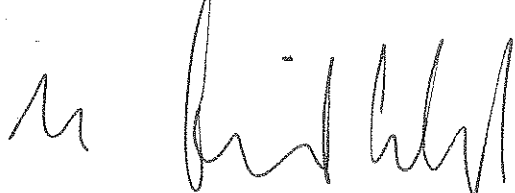
Eine Abkehr vom Ziel der Bundesregierung lässt sich auch nicht daraus schlussfolgern, dass an dem geltenden Finanzplan und den am 16. März 2011 beschlossenen Haushaltseckwerten, wonach aus der FTT Einnahmen in Höhe von 2 Mrd. € p. a. ab 2012 vorgesehen wurden, nicht mehr festgehalten wird.

Mit Blick auf notwendige Gesetzgebungsverfahren haben sich die Chancen auf eine rechtliche Umsetzung bis Anfang kommenden Jahres jedoch deutlich verringert. Im Sinne einer vorsichtigen Haushaltsplanung wird der Bundesfinanzminister dem Kabinett mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs vorschlagen, die Einnahmen aus der FTT im kommenden Jahr, das bedeutet für 2012, nicht weiter zu veranschlagen. Vielmehr werden die sich durch die Steuerschätzung ergebenden Verbesserungen verwendet, um die Einnahmen aus der FTT im Jahr 2012 zu ersetzen. Da die Haushaltsaufstellung den Grundsätzen der Wahrheit und Klarheit entsprechen muss, ist nachvollziehbar, dass an den bereits für 2012 in Höhe von 2 Mrd. € haushaltswirksamen Einnahmen vorerst nicht festgehalten werden kann.

Des Weiteren sind die Auskünfte, die Ihnen von französischer Seite erteilt wurden, aus unserer Sicht nicht vollumfänglich zutreffend. Es ist richtig, dass Deutschland gemeinsam mit Frankreich an einem gemeinsamen Positionspapier arbeitet. Es ist nicht richtig, dass Deutschland die französischen Ausführungen nicht beantwortet. Wie Sie sicher aus eigener Erfahrung wissen, sind bei jeder Abstimmung von gemeinsamen Positionen auch Kompromisse einzugehen, die letztendlich von beiden Parteien gleichermaßen mit getragen werden müssen. Zurzeit wird an entsprechenden Formulierungen gearbeitet.

Die o. g. Ausführungen und weitere Einzelheiten haben wir auch in unserem gemeinsamen Gespräch am 10. Juni 2011 erörtert, für das ich mich nochmals bedanken möchte.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. B. H.', written in a cursive style.